

Die parlamentarische Debatte in der Schweiz um die Ratifizierung der ILO Konvention 169

- 1989 Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation nimmt am 27. Juni 1989 die ILO-Konvention 169 über eingeborene und in Stämmen lebende Völker an.
- 1991 Am 5. September 1991 tritt die ILO-Konvention 169 in Kraft. Das Parlament diskutiert über eine Ratifizierung der ILO-Konvention 169 durch die Schweiz. Der Bundesrat lehnt die Ratifizierung zu diesem Zeitpunkt ab, weil der Annahme anderer internationaler Verträge eine grössere Priorität zukomme.
- 1999 Am 30. März 1999 unterbreiten Remo Gysin und Rosemarie Zapfl der APK-NR einen Vorschlag für eine Motion zur Ratifizierung der ILO-Konvention 169. Am 2. September reicht Remo Gysin eine Motion zur Ratifizierung der ILO-Konvention 169 ein (99.3433). Am 24. November 1999 erklärt der Bundesrat, er könne über eine Ratifikation erst entscheiden, wenn der Anwendungsbereich *ratione personae* geklärt sei, denn es bestehe Unklarheit, ob sich allenfalls Fahrende in der Schweiz, also Roma, Sinti und Jenische, als tribales Volk deklarieren und somit in den Anwendungsbereich der Konvention fallen würden. Der Bundesrat beantragt am 24. November 1999, die Motion 99.3433 in ein Postulat umzuwandeln.
- 2000 Die Motion von Remo Gysin 99.3433 wird am 24.3. 2000 in Form eines Postulates ans Parlament überwiesen. Die APK reicht am 14.11. 2000 die Motion APK-NR 00.3604 zur Ratifizierung der ILO-Konvention Nr.169 durch die Schweiz ein.
- 2001 Der Bundesrat beantragt am 31. Januar 2001, die Motion 00.3604 in ein Postulat umzuwandeln.
Der Bundesrat erteilt am 30. Mai 2001 den Auftrag für einen neuen internen Bericht zur ILO-Konvention 169 an die eidgenössische Verwaltung. In diesem Bericht sollen – detaillierter als im ersten Bericht – die allfälligen Auswirkungen einer Ratifikation erörtert werden. Der Bericht soll unter der Federführung des SECO und in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement des Äusseren und dem Eidgenössischen Departements des Innern verfasst werden.
Die Mehrheit der APK-NR ist der Meinung, dass die Schweiz das Übereinkommen aus internationaler Solidarität ratifizieren soll. Die APK-NR gibt eine entsprechende Empfehlung ab.
Der Nationalrat überweist am 5.6.2001 die Motion 00.3604 und spricht sich so für die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 aus. Der Ständerat lehnt am 5.12.2001 die Motion 00.3604 und damit die Ratifizierung ab, insbesondere "aus föderalistischen Bedenken."
Der Bundesrat hält an seiner Haltung fest und deklariert, dass erst über die möglichen Auswirkungen bezüglich des Anwendungsbereiches Klarheit herrschen müsse, bevor definitiv über eine Ratifizierung befunden werden könne.
- 2002 Remo Gysin erkundigt sich am 12.6.2002 in der Anfrage 02.1069 nach dem Stand des Ratifizierungsprozesses. Der Bundesrat antwortete am 26. August 2002, eine Stellungnahme der ILO vom 8.2.2001 bezüglich Geltungsbereich der ILO-Konvention 169 zeige, dass sich das Übereinkommen auch auf die Fahrenden in der Schweiz erstrecke. Eine erneute Untersuchung der aktuellen Situation in der Schweiz sei deshalb erforderlich, um die Auswirkungen einer eventuellen Ratifizierung einzuschätzen.
- 2003 Aus Gründen der Kohärenz und um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, beschliesst der Bundesrat, den nahezu fertig gestellten Bericht über die Auswirkungen der Ratifizierung der ILO 169 mit einem zweiten Teil über die Beseitigung der Diskriminierung von Fahrenden in der Schweiz zu ergänzen. Dieser Teil des Berichtes ist als Antwort auf das Postulat 03.3426 der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Nationalrates zu verstehen.
- 2005 Vom 22. Juni bis 1. November 2005 führt der Bundesrat bei den Kantonen und interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren zum Berichtsvorentwurf I und II über die Situation der Fahrenden in der Schweiz durch. In die Vernehmlassung eingeschlossen sind Kantone, Parteien, Wirtschaftsverbände und Organisationen, die sich für Fahrende einsetzen.
- 2006 Der Bundesrat verabschiedet am 18. Oktober 2006 den Bericht des Bundesrates über die Situation der Fahrenden in der Schweiz, Teil I und II. Der Bundesrat empfiehlt gestützt auf diesen Bericht, das Postulat der SGK-N vom 7. Juli 2003 (03.3426) sowie das Postulat Remo Gysin (99.3433) abzuschreiben.
- 2007 Am 11./12. Januar diskutiert die WBK-NR den 2. Teil des Fahrendenberichtes. Die WBK-NR bekräftigte ihre Unterstützung für die Bemühungen der Stiftung und des Bundesrates, zusammen mit den Kantonen die im Bericht ausgewiesene Zahl von Stand- und Durchgangsplätzen zu erhöhen und lädt den Bundesrat und die Stiftung ein, ihr bis Mitte 2008 einen Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung zu unterbreiten. Die WBK orientiert die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) über die Ergebnisse ihrer Beratung.
Die APK-NR behandelt am 3./4. Mai den 1. Teil des Fahrendenberichtes – Das Übereinkommen Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation über eingeborene und in Stämmen lebende Völker: Auswirkungen einer allfälligen Ratifizierung.